

Nur langsame Konsolidierung der Sozialbudgets

Die Entwicklung der sozialen Sicherheit im Jahr 1985

Seit dem Ende der langen Rezession 1980 bis 1982 ist die Sozialpolitik bemüht, die finanziellen Belastungen, die sich daraus für die öffentliche Hand ergeben haben, wieder abzubauen und die Sozialbudgets zu konsolidieren. Die Wirtschaftsentwicklung im abgelaufenen Jahr begünstigte diese Bemühungen. Im dritten Jahr der Konjunkturerholung festigte und beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum in Österreich. Das Brutto-Inlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr um knapp 3%. Auf dem Arbeitsmarkt wuchs die Nachfrage nach Arbeitskräften, im Jahresdurchschnitt gab es um 15 200 unselbständig Beschäftigte mehr als 1984. Die Finanzierungsbasis der Sozialausgaben wurde dadurch etwas breiter. Die Wirtschaftspolitik unterstützte die Tendenz zu einem stärkeren Beitragsaufkommen, indem sie die Beitragssätze in der Pensionsversicherung an hob. Weitere Maßnahmen der 40 ASVG-Novelle (und der entsprechenden Begleitnovellen) sollen den Anstieg der Ausgaben auf mittlere und längere Sicht dämpfen. Im ersten Jahre ihrer Wirksamkeit haben sie die Ausgaben nur geringfügig entlastet. Da in der Pensionsversicherung die Differenz zwischen den Ausgaben und dem Aufkommen an Versichertenbeiträgen vom Bund getragen wird, ist die Pensionsreform 1985 im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Konsolidierung des Bundesbudgets zu sehen.

Als Folge der Konsolidierungsbemühungen, und begünstigt durch die Konjunkturbelebung, sind die Sozialausgaben in den letzten drei Jahren dem Wirtschaftswachstum nicht mehr vorausgeeilt. Die Sozialquote (Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt) ist von 27% auf 26,5% gesunken. Im langfristigen Trend der Vergangenheit haben die Sozialausgaben einen ständig wachsenden Teil des Sozialproduktes beansprucht.

Dennoch kommen die Bemühungen um eine finanzielle Konsolidierung der Sozialbudgets nur allmählich und zögernd voran. Struktureffekte, die bei der gegebenen Gesetzeslage schwer in den Griff zu bekommen sind, wirken als autonome Triebkräfte der Ausgabendynamik. In der Krankenversicherung zählen hierzu die Ausweitung und Verteuerung des medizinischen Angebotes (z. B. geräteintensivere Behandlungen), in der Pensionsversicherung die zunehmende Zahl der Doppelpensionen und die höheren Pensionsansprüche aufgrund längerer Versicherungszeiten. Auch die Konjunkturbelebung behebt die Folgewirkungen der Rezession nur teilweise. Trotz der steigenden Beschäftigung bleibt der Über-

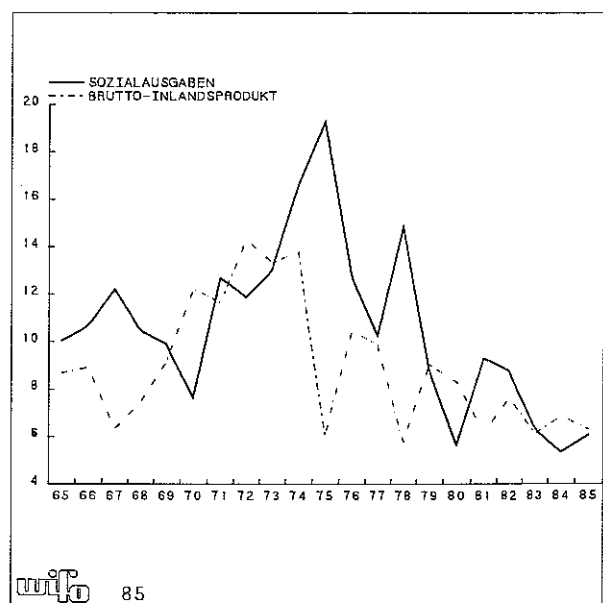
schuß des Arbeitskräftepotentials bestehen, sodaß der Zustrom sowohl zur Arbeitslosigkeit als auch zum vorzeitigen Ruhestand anhält. Der deutliche Rückgang des Lohn- und Preisauftriebs dämpft zwar das Ausgabenwachstum, insbesondere den Anpassungsfaktor in der Pensionsversicherung, gleichzeitig steigen aber auch die Beitragsgrundlagen der Versicherten schwächer. Die Einnahmen der Sozialbudgets passen sich meist rascher nach unten an als die Ausgaben. So sind in der Sozialversicherung die Beitragseinnahmen, trotz der Erhöhung der Pensionsbeiträge, um 1/2 Prozentpunkt schwächer gestiegen als die Ausgaben. Die hohe Belastung des Bundes in der Pensionsversicherung ist zwar relativ, gemessen an den gesamten Bundesausgaben, etwas zurückgegangen, in absoluter Höhe aber weiter gestiegen.

Sozialquote bleibt stabil

Die gesamten öffentlichen Sozialausgaben betragen 1985 nach vorläufiger Berechnung 363,8 Mrd. S. Diese Größe umfaßt die Sozialbudgets der Gebietskörperschaften, die Ausgaben der Sozialversiche-

Abbildung 1

Wachstum der Sozialausgaben und des Brutto-Inlandsproduktes in Österreich
(Nominelle Veränderung gegen das Vorjahr in %)



Übersicht 1

Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt

	Sozialausgaben insgesamt		Brutto-Inlandsprodukt (nomineil)		Sozialausgaben in % des Brutto-Inlandsproduktes
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1976	177 010	+ 12,6	724 747	+ 10,5	24,4
1977	195 070	+ 10,2	796 191	+ 9,9	24,5
1978	224 234	+ 15,0	842 332	+ 5,8	26,6
1979	243 742	+ 8,7	918 537	+ 9,0	26,5
1980	257 449	+ 5,6	994 705	+ 8,3	25,9
1981	281 439	+ 9,3	1 055 972	+ 6,2	26,7
1982	305 174	+ 8,8	1 136 856	+ 7,7	26,9
1983	325 480	+ 6,3	1 206 592	+ 6,1	27,0
1984	342 817	+ 5,3	1 289 667	+ 6,9	26,6
1985 ¹⁾	363 773	+ 6,1	1 371 010	+ 6,3	26,5

Q: Eigene Berechnungen — ¹⁾ Vorläufige Werte

zung und bestimmte freiwillige Sozialleistungen des Unternehmenssektors. Die gleiche weite Definition der Sozialausgaben liegt den Berechnungen der Sozialkonten durch die Europäische Gemeinschaft zugrunde. Die Sozialquote blieb mit 26,5% annähernd stabil. Schon seit den späten siebziger Jahren expandieren die Sozialausgaben etwa im gleichen Tempo wie die gesamte Wirtschaftsleistung, wogegen sie früher deutlich vorausgeeilt waren. Im Jahr 1978 war die Sozialquote kaum höher als 1985. Selbst die Rezession 1980 bis 1982 hat ihr Niveau nicht auf Dauer erhöht. Da die gesetzlichen Leistungsansprüche kaum reduziert wurden, spiegelt diese Entwicklung in erster Linie den weitgehenden Verzicht auf Leistungsverbesserungen, die Zurückhaltung bei Ermessensausgaben und einen gewissen Abbau freiwilliger betrieblicher Sozialleistungen.

In der Bundesrepublik Deutschland betrug die Sozialquote 1985, nach den vorläufigen Berechnungen des Sozialbudgets, 31,0%. Dort erreichte sie bereits 1975 mit 33,7% ein Maximum. (Aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen ist allerdings das Niveau der Sozialquote mit jenem in Österreich nicht vergleichbar.) Seither ist die Sozialquote in nahezu jedem Jahr gesunken, unterbrochen nur durch die Rezessionsjahre

1980/81. Seit 1983 ist der Rückgang besonders deutlich ausgeprägt; die Kürzung einiger Leistungen hat hierzu beigetragen.

Österreichs Sozialausgaben stiegen 1985 nominell um 6,1%. Die Steigerungsrate lag zwar etwas höher als im Vorjahr, da einige dämpfende Effekte — wie z. B. die Kürzung der Geburtenbeihilfe — wegfielen, gemessen am Durchschnitt der vergangenen Jahre blieb die Ausgabendynamik dennoch schwach. Hierzu haben vor allem drei Faktoren beigetragen: die allgemeine Beruhigung des Lohn- und Preisauftriebs, deren Nachwirkungen aus den letzten Jahren den Anpassungsfaktor in der Pensionsversicherung dämpften; die weitgehende Stabilisierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Konjunkturerholung, die den Mehraufwand für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bremste; die allgemeine Zurückhaltung bei Ermessensausgaben und freiwilligen Sozialleistungen. Dagegen dürften die Maßnahmen in der Pensionsversicherung aufgrund der 40. ASVG-Novelle kurzfristig nur einen sehr geringen Entlastungseffekt gehabt haben. Sie werden erst auf längere Sicht voll zum Tragen kommen.

Bund in der Pensionsversicherung etwas entlastet

Die gesamten Aufwendungen des Bundes für soziale Aufgaben betragen 1985 knapp 150 Mrd S. Gegenüber 1984 stiegen sie um knapp über 5% und damit schwächer als die Bundesausgaben insgesamt. Obwohl sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr etwas beschleunigt hat, ist für die letzten beiden Jahre doch eine deutliche Abschwächung des Ausgabenwachstums erkennbar. Dies hat vor allem zwei Ursachen: Als Folge der Konjunkturbelebung steigt die Arbeitslosigkeit nur noch langsam, was nur geringe Mehraufwendungen der Arbeitslosenversicherung erfordert. Zweitens haben Beitragssatzerhöhungen in der Pensionsversicherung einen Teil der Finanzierungslast vom Bund auf die Versicherten abgewälzt.

Übersicht 2

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1976	+ 15,5	+ 7,0	+ 12,3	+ 10,8	+ 10,3	1,2	7,2	7,5	10,5	26,3
1977	+ 21,6	+ 15,4	+ 9,3	+ 12,2	+ 12,7	1,3	7,8	7,7	11,0	27,8
1978	+ 32,5	+ 44,5 ¹⁾	+ 11,1	- 15,6	+ 10,9 ¹⁾	1,6	10,0 ¹⁾	7,6	8,3	27,4 ¹⁾
1979	+ 19,4	+ 6,8	+ 7,2	+ 6,5	+ 7,6	1,7	9,8	7,6	8,1	27,2
1980	+ 11,0	+ 3,1	+ 6,2	- 8,3	+ 1,0	1,8	9,5	7,5	7,0	25,9
1981	+ 26,9	+ 8,3	+ 9,0	+ 11,1	+ 10,5	2,1	9,3	7,4	7,0	25,8
1982	+ 43,1	+ 7,6	+ 9,6	+ 25,9	+ 16,0	2,7	9,1	7,4	8,1	27,3
1983	+ 21,1	+ 0,8	+ 5,3	+ 30,4	+ 12,8	3,0	8,4	7,1	9,6	28,1
1984	+ 7,1	- 2,4	+ 6,1	+ 3,7	+ 2,9	3,0	7,7	7,1	9,3	27,1
1985 ²⁾	+ 7,4	+ 4,7	+ 6,8	+ 3,5	+ 5,1	3,0	7,6	7,1	9,0	26,7

Q: Bundesrechnungsabschluss — ¹⁾ Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahreswerten nicht vergleichbar — ²⁾ Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebarungserfolg

Der nur mäßige Anstieg der Sozialausgaben des Bundes erstreckte sich auf alle Komponenten. Am stärksten stiegen die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung (+7,4%). Bis 1983 hatten sie jährlich mit zweistelliger Zuwachsrate expandiert. Von den 139 400 Arbeitslosen, die im Jahresdurchschnitt 1985 registriert waren, bezogen 52% Arbeitslosengeld und 20% Notstandshilfe. Die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit läßt den Anteil der Bezieher einer Notstandshilfe an den Arbeitslosen steigen, während mehr und mehr Personen ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpfen. Dies dämpft zwar etwas die Kosten der Arbeitslosenunterstützung, stellt aber nichtsdestoweniger ein besonderes soziales Problem dar.

Aus dem Familienlastenausgleichsfonds wurden 1985 35,8 Mrd. S ausgegeben, um 4,3% mehr als im Vorjahr. Damals war der Aufwand infolge der Kürzung der Geburtenbeihilfe absolut zurückgegangen. Die Familienbeihilfe wurde um 100 S je Kind und Monat erhöht; für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr betrug sie 1 100 S.

Für Pensionen an seine ehemaligen Bediensteten gab der Bund 1985 34,0 Mrd. S aus, um 6,8% mehr als im Vorjahr. Die Steigerungsrate war etwas höher als die des Aufwands für aktive Bedienstete, obwohl die Zahl der Pensionisten geringfügig abnahm, während der aktive Personalstand noch etwas ausgeweitet wurde.

Obwohl die Beitragsätze in der Pensionsversicherung um 1 Prozentpunkt angehoben wurden, waren auch 1985 mehr Bundesmittel (+3,5%) zur Deckung der Ausgaben erforderlich. Der Bundesbeitrag im Rahmen der Ausfallhaftung betrug 34,9 Mrd. S, der Ersatz für die Aufwendungen an Ausgleichszulagen 6,4 Mrd. S. Sowohl die steigende Pensionsbelastungsquote (Pensionen je aktive Versicherte) als auch verschiedene Struktureffekte vergrößern von Jahr zu Jahr das Ungleichgewicht zwischen Aufwendungen und Einnahmen aus Beiträgen der Versicherten.

Weiterhin mäßiger Ausgabenanstieg in der Sozialversicherung

Ebenso wie die Sozialausgaben des Bundes stiegen auch die Aufwendungen der Sozialversicherungsträger 1985 nur mäßig, wenn auch etwas rascher als im Vorjahr. Bereinigt um Transferzahlungen zwischen den Versicherungsträgern (z. B. Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten, Beiträge der Krankenversicherung zum Ausgleichsfonds der Pensionsversicherung) betragen die Gesamtausgaben der Sozialversicherung im vergangenen Jahr 199,4 Mrd. S oder 14,5% des Brutto-Inlandsproduktes. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um 7,4%, womit die gebremste Aufwärtstendenz der letzten drei Jahre anhält. Erstmals seit längerer Zeit expandierten die Ausgaben der Pensionsversicherung unterdurchschnittlich (+6,6%). Die wichtigste Ursache hierfür war der niedrige Anpassungsfaktor, während die Zahl der Pensionen sich unvermindert erhöhte und auch verschiedene Struktureffekte weiterhin das Ausgabenwachstum verstärkten. Der seit den späten siebziger Jahren sehr starke Anstieg der vorzeitigen Alterspensionen ist allerdings fast zum Stillstand gekommen. Auch die Ausgaben der Krankenversicherungsträger expandierten mit +5,5% unterdurchschnittlich. Die in den letzten Jahren sichtbar gewordenen Teilerfolge in den Bemühungen um finanzielle Konsolidierung haben sich 1985 nicht generell bestätigt. Am stärksten von allen Versicherungszweigen stiegen 1985 mit +9,3% die Ausgaben der Unfallversicherung.

Die Einnahmen aus Beiträgen für Versicherte stiegen in der Kranken- und in der Unfallversicherung um nur rund 4½%. Die rückläufige Zahl der Versicherten und die schwache Steigerung der Beitragsgrundlagen aufgrund der mäßigen Lohn- und Gehaltsentwicklung ließen ein stärkeres Wachstum des Beitragsaufkommens nicht zu. Wesentlich stärker (+8,2%) stiegen allerdings die Versicherungsbeiträge in der Pensionsversicherung, da hier die Beitragsätze jeweils um

Übersicht 3

Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger

	Krankenversicherung		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der				Gesamtausgaben der Sozialversicherung ¹⁾	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Unselbständigen ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Selbständigen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1976	27 028	+ 15,5	4 122	+ 7,8	58 275	+ 14,2	10 717	+ 16,1	95 584	+ 14,4
1977	29 613	+ 9,6	4 548	+ 10,3	63 678	+ 9,3	12 609	+ 17,7	105 230	+ 10,1
1978	33 113	+ 11,8	5 024	+ 10,5	69 443	+ 9,1	14 245	+ 13,0	116 074	+ 10,3
1979	36 152	+ 9,2	5 780	+ 15,1	75 845	+ 9,2	15 798	+ 10,9	126 729	+ 9,2
1980	40 324	+ 11,5	6 378	+ 10,4	82 712	+ 9,1	17 165	+ 8,7	138 414	+ 9,2
1981	43 508	+ 7,9	7 077	+ 10,9	90 266	+ 9,1	18 523	+ 7,9	150 948	+ 9,1
1982	45 121	+ 3,7	7 691	+ 8,7	99 139	+ 9,8	19 988	+ 7,9	162 537	+ 7,7
1983	48 102	+ 6,6	7 386	- 4,0	107 969	+ 8,9	21 367	+ 6,9	174 490	+ 7,4
1984	50 729	+ 5,5	7 587	+ 2,7	116 500	+ 7,9	22 781	+ 6,6	185 634	+ 6,4
1985 ²⁾	53 504	+ 5,5	8 295	+ 9,3	124 411	+ 6,8	24 102	+ 5,8	199 417	+ 7,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Ohne Transferzahlungen zwischen Versicherungsträgern. — ²⁾ Vorläufige Werte

1 Prozentpunkt (in der Versicherung der Bauern um ½ Prozentpunkt) angehoben wurden. Das gesamte Beitragsaufkommen der Sozialversicherungsträger stieg dennoch mit +6,9% um ½ Prozentpunkt schwächer als die Ausgaben. Das Beitragsvolumen von 162,5 Mrd S deckte 81,5% der (um die Transferzahlungen zwischen den Versicherungsträgern bereinigten) Gesamtausgaben.

Keine weitere Kostendämpfung in der Krankenversicherung

Die Träger der Krankenversicherung gaben 1985 53,5 Mrd. S aus, um 5,5% mehr als im Vorjahr. Damit setzte sich die Tendenz zur Kostendämpfung nicht mehr fort, die Steigerungsrate lag aber neuerlich unter der des nominellen Brutto-Inlandsproduktes. Von den großen Aufwandspositionen stiegen vor allem die Ausgaben für ärztliche Hilfe und für Heilmittel überdurchschnittlich. Schon seit Jahren liegt die Steigerungsrate der Kosten ärztlicher Hilfe über jener der Honorartarife, da die Zahl der Behandlungsfälle ständig zunimmt und sich die Leistungen durch den intensiveren Einsatz medizinisch-technischer Geräte verteuern. Nach drei Jahren schwacher Dynamik sind 1985 die Ausgaben der Krankenversicherungsträger für Heilmittel überdurchschnittlich stark gestiegen (+8,5%). Ob es sich hierbei nur um einen Sondereffekt handelt, oder ob die in der Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen zur Kostendämpfung nur kurzfristig gewirkt haben und sich der frühere Trend zu überproportionalen Steigerungsraten nun wieder durchgesetzt hat, ist zur Zeit noch nicht feststellbar. Die Rezeptgebühr betrug im abgelaufenen Jahr 21 S; sie wird seit 1983 jährlich an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepaßt.

Die Kosten der Spitals- und Hauskrankenpflege erhöhten sich im vergangenen Jahr um 5,6%, entsprechend dem Durchschnitt der gesamten Ausgaben. Dennoch wurde für die Spitäler um fast 10% mehr ausgegeben als 1984, da die Träger der Krankenversi-

cherung fast um die Hälfte mehr Mittel, insgesamt 2,1 Mrd S, an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds überwiesen. Zusätzlich zu den jährlich zu leistenden Überweisungen gemäß § 447f ASVG erhielt der Fond 1985 880 Mill. S von den Versicherungsträgern. Die Pflegegebührenersätze an die Krankenanstalten werden jährlich im Ausmaß der Steigerungsrate der Beitragseinnahmen aller Krankenversicherungsträger gegenüber dem Vorjahr erhöht. Demgemäß erhöhten sich die Pflegegebührenersätze 1985 um 5,35%; das war die niedrigste Steigerungsrate seit 1978, als diese Regelung in Kraft trat. Sie spiegelt die schwächere Entwicklung des Beitragsaufkommens als Folge des langsameren Lohn- und Preisauftriebs wider.

Auch die Ausgaben für Krankenunterstützung stiegen mit der durchschnittlichen Rate der Gesamtausgaben um 5,5%. Dies entsprach etwa der Steigerung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung; die Zahl der Tage, für die Krankengeld geleistet wurde, hat sich daher kaum verändert. Krankengeld erhält ein Versicherter dann, wenn ihm sein Arbeitsentgelt im Krankheitsfall vom Arbeitgeber (unmittelbar oder über den Erstattungsfonds nach dem EFZG) nicht weitergezahlt wird. Über die genaue Entwicklung der Krankenstände bestehen noch keine Informationen für 1985. Doch dürften sich die Kurzkrankenstände — zumindest der Arbeiter — erhöht haben. Nach vier Jahren rückläufiger Entwicklung ist die Zahl der Tage, für die nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG) ein Erstattungsbeitrag geleistet wurde, um fast 10% gestiegen. Die Ursachen dieser Trendumkehr sind vorerst noch ungeklärt.

Die Einnahmen der Krankenversicherung aus Beiträgen betragen 1985 nach vorläufigen Daten 47,5 Mrd S. Gegenüber dem Vorjahr sind sie nur mäßig gestiegen (um 4,4%). Zwar erhöhten sich die Beiträge für unselbständig Beschäftigte um 5,3%, was der Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprach, doch stagnierte das Beitragsaufkommen der Selbständigen, deren Versichertenstand weiterhin rückläufig war. Aufgrund einer gesetzlichen Änderung der Fami-

Übersicht 4

Die Entwicklung einiger Ausgabenpositionen in der Krankenversicherung

	1983	1984	1985 ¹⁾	1985 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Anteil an den Gesamtausgaben der Krankenversicherung in %
Ärztliche Hilfe	+6,0	+6,4	+7,1	25,8
Anstaltspflege	+7,4	+6,3	+5,6	25,6
Heilmittel	+2,4	+4,3	+8,5	13,1
Zahnbehandlung, -ersatz	+6,6	+7,0	+4,7	8,4
Krankenunterstützung	-4,6	+4,1	+5,5	4,8
Verwaltungskosten	+0,6	+3,0	+3,1	3,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Vorläufige Werte

Übersicht 5

Die Einnahmen aus Versicherungsbeiträgen der Sozialversicherungsträger

	1983	1984	1985 ¹⁾	1985 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Absolut in Mill. S
Krankenversicherung	+ 5,5	+ 5,3	+ 4,4	47.529
Unfallversicherung	+ 3,7	+ 4,7	+ 4,5	7.689
Pensionsversicherung				
der Unselbständigen	+ 3,7	+ 8,4	+ 8,1	100.160
der Selbständigen	+ 6,0	+29,7	+ 9,0	7.143
Insgesamt	+ 4,3	+ 8,0	+ 6,9	162.521

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Vorläufige Werte

lienversicherung für die gewerblich Selbständigen — sie sieht den beitragsfreien Krankenversicherungsschutz für Ehegatten vor — ist sowohl die Zahl der freiwillig Versicherten als auch deren Beitragsaufkommen absolut zurückgegangen. Obwohl die Gesamteinnahmen der Krankenversicherung (+3,2%) schwächer als die Gesamtausgaben (+5,5%) stiegen, erzielte sie einen Gebarungüberschuß von 342,3 Mill. S. Er war allerdings um fast 1 Mrd. S. geringer als 1984. Bei den beiden Versicherungsträgern der Selbständigen (Gewerbetreibende, Bauern) drehte sich der Saldo zu einem Defizit, von den 22 Kassen der Unselbständigen schlossen 20 positiv und 2 negativ ab (im Vorjahr 18 positiv, 2 negativ).

Schrumpfender Gebarungüberschuß in der Unfallversicherung

Die Unfallversicherung ist mit rund 4% der Gesamtausgaben der kleinste der drei Versicherungszweige in der Sozialversicherung. Ihre Ausgaben betragen 1985 8,3 Mrd. S. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um 9,3%, stärker als in den letzten drei Jahren. Fast die Hälfte der Ausgaben entfällt auf Unfallrenten. Ihre Zahl ging auch 1985 zurück, dennoch stieg der Aufwand hierfür um 7,9%, da die Durchschnittsrente um über 7% stieg und der Rentenstand

sich zugunsten der teureren Renten verschob. Wegen der hohen Zahl der Renten an Versehrte mit einer nur teilweisen Erwerbsminderung betrug die Durchschnittsrente im Dezember 1985 nur 2.136 S. Bei voller Erwerbsunfähigkeit erhielt ein Rentner im Durchschnitt 10.865 S. In vielen Fällen erhalten diese Rentner auch noch eine Erwerbsunfähigkeitspension aus der Pensionsversicherung. Knapp ein Viertel der Gesamtausgaben entfällt auf Unfallheilbehandlung, deren Aufwand sich um 9,5% erhöhte.

Die Zahl der unfallversicherten Personen schrumpfte 1985 um rund 13 000. Mit der Besserung auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich zwar die Zahl der Unselbständigen, doch ging die der Selbständigen sowie der Schüler und Studenten (wegen zunehmend geburtenschwächerer Jahrgänge) zurück. Daher stiegen die Einnahmen aus Versicherungsbeiträgen um nur 4,5%, wesentlich langsamer als die Ausgaben. Dadurch schrumpfte der Gebarungüberschuß von 423 Mill. S im Jahr 1984 auf rund 63 Mill. S. Von den vier Versicherungsträgern wies nur die Unfallversicherung der Bauern ein Defizit auf.

Zahl der Pensionen wächst unvermindert

In der Pensionsversicherung hat sich das Wachstum der Ausgaben weiter verlangsamt. 1985 stieg das gesamte Ausgabenvolumen um 9,2 Mill. S auf 148,5 Mill. S bzw 10,8% des Brutto-Inlandsproduktes. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr von 6,6% war um mehr als 1 Prozentpunkt niedriger als 1984 und zugleich die geringste seit vielen Jahren. Darin spiegelt sich der niedrige Anpassungsfaktor von 3,3%, der sich aufgrund der mäßigen Lohn- und Gehaltsentwicklung in den Vorjahren ergab. Zwei weitere Komponenten der Ausgabenentwicklung trugen jedoch nicht zur Dämpfung des Ausgabenwachstums bei: Die Zahl der Pensionen stieg unvermindert an, und die Strukturverschiebungen im Pensionsbestand zugunsten der "teureren" Pensionen setzten sich fort.

Ende 1985 betrug die Zahl der Pensionen aus der Sozialversicherung 1,622 600. Gegenüber dem Vorjahr ist sie um 29 500 bzw 1,9% gestiegen, im selben Ausmaß wie von 1983 auf 1984. Die steigende Lebenserwartung trägt zum ständigen Wachstum des Pensionsstands ebenso bei wie das Überangebot an Arbeitskräften. Mit der anhaltenden Belebung der Konjunktur sind jedoch die beschäftigten Arbeitskräfte wieder besser ausgelastet, sodaß der Zustrom älterer Arbeitskräfte in den Ruhestand in den letzten Jahren etwas nachgelassen hat. Die Zahl der Frühpensionen ist im Jahresdurchschnitt 1985 nur mehr um 1,9% gestiegen (auf 117 200), die Zahl der (neuen) Eintritte in den vorzeitigen Ruhestand ist sogar zurückgegangen. Neben der Besserung auf dem

Übersicht 6

Die Gebarung der österreichischen Sozialversicherung im Jahr 1985¹⁾

Versicherungszweig bzw -träger	Einnahmen	Ausgaben Mill. S	Saldo
<i>Krankenversicherung</i>	53 845,9	53 503,6	+ 342,3
Gebietskrankenkassen	39 188,1	38 846,6	+ 341,6
Betriebskrankenkassen	917,2	797,5	+ 119,7
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	604,9	578,3	+ 26,6
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	2 632,0	2 554,5	+ 77,6
Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter	5 088,2	5 057,6	+ 30,5
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	2 951,0	3 128,1	- 177,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	2 464,4	2 541,0	- 76,5
<i>Unfallversicherung</i>	8 357,6	8 294,9	+ 62,7
<i>Pensionsversicherung der Unselbständigen</i>	125 307,4	124 411,1	+ 896,4
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	69 856,5	69 264,4	+ 592,1
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	1 376,9	1 367,7	+ 9,2
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	50 539,1	50 282,5	+ 256,6
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	3 535,0	3 496,4	+ 38,6
<i>Pensionsversicherung der Selbständigen</i>	24 213,1	24 101,9	+ 111,2
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	12 721,1	12 667,1	+ 54,0
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	11 391,8	11 338,3	+ 53,5
Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates	100,3	96,5	+ 3,8
<i>Sozialversicherung insgesamt</i>	211 724,0	210 311,4	+ 1 412,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Vorläufige Gebarungsergebnisse.

Die Entwicklung der Pensionen nach Arten¹⁾

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1985 Anzahl
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Pensionen an							
Unselbständige	+20	+18	+22	+20	+22	+20	1 301 651
Alter	+38	+34	+36	+30	+30	+25	599 375
Invalidität	+05	+12	+18	+22	+32	+37	268 833
Witwen	+08	+05	+10	+09	+08	+06	377 283
Waisen	+00	-15	-10	-11	-15	-15	56 160
Selbständige	+05	+05	+06	+06	+09	+12	320 934
Alter	-04	-06	-07	-11	-05	-05	143 573
Invalidität	+31	+36	+36	+38	+46	+65	73 313
Witwen	+11	+11	+13	+19	+11	+08	90 860
Waisen	-31	-32	-30	-27	-34	-48	13 188

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Stand im Dezember

Arbeitsmarkt könnten zwei weitere Faktoren eine Rolle gespielt haben: Das Inkrafttreten der "Pensionsreform 1985" (40. ASVG-Novelle), die für viele Pensionsbewerber eine gewisse Verringerung ihrer Pensionsansprüche bewirkt, könnte zur Vorverlegung von Pensionierungen in das Jahr 1984 beigetragen haben. Außerdem werden die Möglichkeiten der Frühpensionierung schon in so hohem Maße ausgeschöpft, daß weitere Steigerungen nur noch schwer möglich sind, d. h. die jährlichen Neuzugänge zur Alterspension werden nunmehr vorwiegend von der demographischen Entwicklung bestimmt. So haben — nach den zuletzt verfügbaren Daten für 1983 — von den Männern, die in den Ruhestand treten, um eine Alterspension zu beziehen, nicht weniger als 85% das

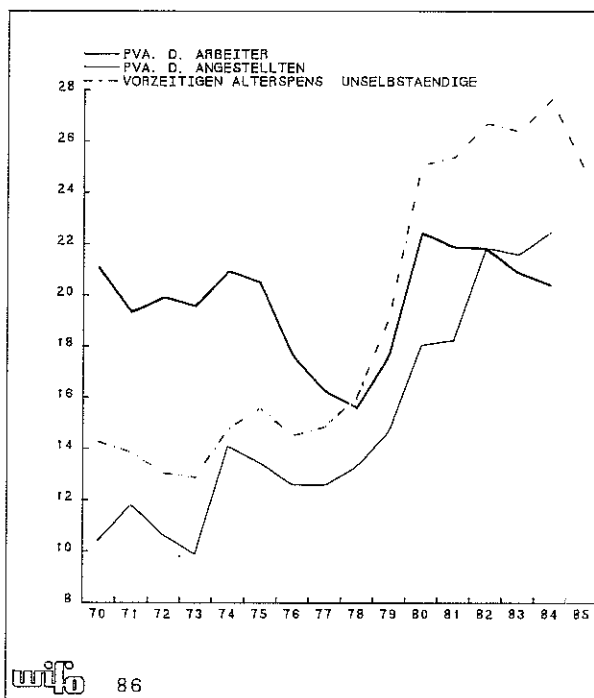
gesetzliche Pensionsalter von 65 Jahren noch nicht erreicht; von den Frauen sind es "nur" 43%, da vielen von ihnen die für eine Frühpension erforderlichen Versicherungszeiten fehlen.

Während sich der jährliche Zuwachs bei den Alterspensionen allmählich verlangsamt, beschleunigt er sich bei den Pensionen wegen geminderter Erwerbsfähigkeit. Ende 1985 betrug die Zahl dieser Pensionen 342.100, um 14.200 bzw. 4,3% mehr als im Vorjahr. Zum Teil ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, daß die großzügigere Vergabe dieser Pensionen zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt. Die Zahl der Hinterbliebenenpensionen ist 1985 kaum gestiegen (+1.600 bzw. +0,3%). Der Zuwachs der Witwen- und Witwerpensionen hat sich verringert, die Zahl der Waisenpensionen nimmt schon seit längerer Zeit ab.

Infolge des niedrigeren Pensionsalters und der höheren Lebenserwartung gehen zwei Drittel aller Pensionen an Frauen. Auch hat die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen dazu beigetragen, daß der Frauenanteil an den Pensionsbeziehern langfristig gestiegen ist. Dadurch steigt auch tendenziell die Zahl der Frauen, die neben einer Witwenpension noch eine Pension aus eigener Versicherung (zumeist eine Alterspension) beziehen. Eine Sonderauswertung der Pensionsstatistik zeigt, daß Mitte 1985 159.300 Personen zwei oder mehrere Pensionen aus der Sozialversicherung bezogen haben. Die Zahl der Pensionen ist daher um fast 11% höher als die der Pensionsbezieher. Von den Beziehern zweier oder mehrerer Pensionen sind 95% Frauen. Jede dritte Bezieherin einer Witwenpension erhält daneben noch eine weitere Pension.

Abbildung 2

Neuzugänge an Alterspensionen
(In 1 000)



Struktureffekte erhöhen weiterhin den Pensionsaufwand

Obwohl der Anpassungsfaktor für die Renten und Pensionen 1985 nur 3,3% betrug, erhöhten sich die Pensionen im Durchschnitt deutlich stärker: jene der

Unselbständigen um 5,3%, die der Selbständigen um 4,8%. Der Unterschied zwischen der gesetzlichen Anpassung und der effektiven Steigerungsrate ist regelmäßig zu beobachten. In seiner Größenordnung von knapp 2 Prozentpunkten entsprach er dem Ausmaß in den letzten Jahren, sodaß sich — zumindest aufgrund dieses Indikators — keine negative "Drift" als Folge der Maßnahmen der Pensionsreform erkennen läßt

Der Grund für die stärkere Steigerung der Durchschnittspensionen gegenüber der gesetzlichen Anpassung ist die laufende Änderung in der Zusammensetzung des Pensionsbestands. Rund 9% dieses Bestands ändern sich jährlich durch Zu- und Abgänge. Wegen längerer Versicherungszeiten und Verdienstzuwächsen, die in der Pensionsanpassung nicht nachvollzogen werden, sind die neu anfallenden Pensionen in der Regel höher als die (durch Tod) wegfallenden. So betrug beispielsweise Ende 1984 die durchschnittliche Alterspension aller Unselbständigen rund 7.100 S, die in diesem Jahr (neuere Daten sind noch nicht verfügbar) neu anfallenden Alterspensionen bei Unselbständigen hingegen 8.388 S pro Monat.

Darüber hinaus nehmen die relativ "teuren" Pensionen überdurchschnittlich rasch zu. So erhöhte sich die Zahl der Alterspensionen an Angestellte — sie betrug im Dezember 1985 durchschnittlich 9.458 S — im vergangenen Jahr um 4,9%, die der Alterspensionen an Arbeiter (Durchschnittsbetrag 6.040 S) aber um nur 1,0%. Doch nicht nur die Zahl der "teuren" Pensionen ist überdurchschnittlich stark gestiegen, sondern auch deren Pro-Kopf-Niveau. Auch diese Tendenz hat sich schon in früheren Jahren gezeigt und deutet darauf hin, daß sich die Einkommensungleichheit unter den Pensionisten tendenziell vergrößert.

Die Zahl der Bezieher einer Ausgleichszulage sinkt von Jahr zu Jahr, da immer mehr Pensionisten aufgrund gesetzlicher Leistungsverbesserungen in der Vergangenheit, der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der im Durchschnitt steigenden Versicherungszeiten aus ihren eigenen Versicherungsansprüchen das Niveau der Mindestpension überschreiten. Ende 1985 erhielten 278.400 Personen eine Ausgleichszulage, um 3,8% weniger als ein Jahr zuvor. Zu 17,6% aller Pensionen wird eine Ausgleichszulage geleistet. Am höchsten ist dieser Anteil bei den Bauern (37%), am niedrigsten bei den Angestellten (3%).

Pensionisten, die ständiger Hilfe und Betreuung durch eine andere Person bedürfen, erhalten einen Hilflosenzuschuß. Im vergangenen Jahr wurden zu 13,8% aller Pensionen Hilflosenzuschüsse gewährt, insgesamt 221.700 Fälle im Jahresdurchschnitt. Auch sie verteilen sich sehr unterschiedlich, sowohl nach Versicherungsträgern als auch nach Pensionsarten. So erhält jeder fünfte Bauernpensionist einen Zu-

schuß, aber nur jeder elfte Angestellte im Ruhestand. Aus naheliegenden Gründen sind Hilflosenzuschüsse auch relativ häufiger (zu 17%) mit Pensionen bei geminderter Arbeitsfähigkeit verbunden als mit Alterspensionen (Anteil 10%). Bei den Hinterbliebenenpensionen erhält etwa jede fünfte Witwe einen Hilflosenzuschuß, aber nur jeder sechsunddreißigste Witwer

Versichertenstand wächst nur langsam

Die seit zwei Jahren wieder steigende Nachfrage nach Arbeitskräften läßt in der Pensionsversicherung auch die Zahl der Versicherten und Beitragszahler wieder wachsen, allerdings in etwas schwächerem Maße. Erstens schrumpft der Versichertenstand der Selbständigen weiter, da die Zahl der aktiven Bauern ständig sinkt. Zweitens wird das Beschäftigungswachstum vom öffentlichen Sektor getragen, wo nur die Vertragsbediensteten nach dem ASVG pensionsversichert sind. So erhöhte sich 1985 die Zahl der unselbständig Beschäftigten um rund 15.200, die der pensionsversicherten Unselbständigen aber um nur 9.400, jene der pensionsversicherten Personen insgesamt um nur 6.100 (+0,2%).

Übersicht 8

Pensionsbezieher je 1.000 Pensionsversicherte (Jahresdurchschnitt)

	Unselbständige	Selbständige	Insgesamt
1976	470	760	510
1977	467	790	511
1978	469	819	516
1979	473	841	521
1980	478	802	522
1981	486	825	531
1982	504	826	548
1983	524	825	566
1984	534	836	576
1985	543	853	585

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Da sich die Zahl der Pensionen stärker erhöhte als die der Versicherten, stieg die Belastungsquote 1985 weiter an. Auf 1.000 aktive Versicherte entfielen 585 Pensionen, im Vorjahr waren es 576. Bei allen vier großen Versicherungsträgern verschlechterte sich das Verhältnis von Pensionsempfängern zu Beitragszahlern. In der Pensionsversicherung der Unselbständigen erhöhte sich die Belastungsquote auf 543, in der der Selbständigen auf 853.

Höhere Versicherungsbeiträge entlasten den Bund in der Pensionsfinanzierung

Die Versicherten zahlten im abgelaufenen Jahr 107,3 Mrd. S an Pensionsbeiträgen. Gegenüber dem

Übersicht 9

Vorjahr erhöhte sich das Beitragsaufkommen um 8,2%. Ursache der relativ starken Erhöhung war die Anhebung der Beitragssätze um 1 Prozentpunkt, die einen Teil der Maßnahmen der 40. ASVG-Novelle bildet (für die Selbständigen finden sich entsprechende Regelungen in den Begleitnovellen). In der Pensionsversicherung der Unselbständigen, auf die über 90% der Beitragseinnahmen entfallen, erhöhte sich das Beitragsvolumen um 8,1%. 4,6 Prozentpunkte entfielen hievon auf die Beitragssatzerhöhung. Die Beitragsgrundlagen stiegen wegen des gedämpften Lohn- und Preisauftriebs um nur 3,6% pro Kopf, um fast 1 Prozentpunkt langsamer als 1984. Aus dem Ausgleichsfonds erhielten die Versicherungsträger um über 0,7 Mrd. S weniger Mittel, da die Überweisungen von den Trägern der Kranken- und Unfallversicherung geringer waren als im Vorjahr.

Zwar stieg dank den höheren Beitragssätzen das Beitragsaufkommen stärker als die Ausgaben der Pensionsversicherung, dennoch mußte der Bund um rund 1,4 Mrd. S mehr zuschießen als im Vorjahr. Zum Teil war dies darauf zurückzuführen, daß die sonstigen Einnahmen der Pensionsversicherung der Unselbständigen um 1,1 Mrd. S niedriger waren als 1984. Andererseits wurde der Bund dadurch etwas entlastet, daß der Aufwand für Ausgleichszulagen, den der Bund den Versicherungsträgern voll ersetzt, weiter sank (auf 6,4 Mrd. S).

Der gesamte Aufwand des Bundes für die Pensionsversicherung (einschließlich Ausgleichszulagen) betrug 1985 42,0 Mrd. S, um 3,5% mehr als im Vorjahr. Dennoch verringerte sich der Anteil der Bundesmittel am Gesamtaufwand, nachdem er sich als Folge der wirtschaftlichen Rezession zwischen 1980 und 1983 bis auf 30% erhöht hatte, in den letzten beiden Jahren auf 28,3% (1985). Dies konnte allerdings nur durch eine Anhebung der Versicherungsbeiträge in jedem der beiden letzten Jahre erreicht werden. In der Pensionsversicherung der Unselbständigen trägt der Bund knapp 20% der gesamten Ausgaben, in der der Selbständigen 70%.

Kaufkraft der Pensionen blieb erhalten

Mit Jahresbeginn 1985 wurden die Renten und Pensionen in der Sozialversicherung um 3,3% angehoben. Der Anpassungsfaktor war um ¼ Prozentpunkte niedriger als 1984 und zugleich der niedrigste Wert seit vielen Jahren. Zur Berechnung der Richtzahl wurden die Beitragsgrundlagen der Jahre 1982 und 1983 herangezogen, die durch eine deutliche Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebs geprägt waren. Trotz der geringen Anhebung der Pensionen blieb ihre reale Kaufkraft erhalten, da im Vorjahr die Inflationsrate auf 3,2% zurückging, nachdem der Effekt der Anhebung der Mehrwertsteuersätze im Jahr 1984 abge-

Anpassungsfaktor und Veränderung der Unselbständigeneinkommen

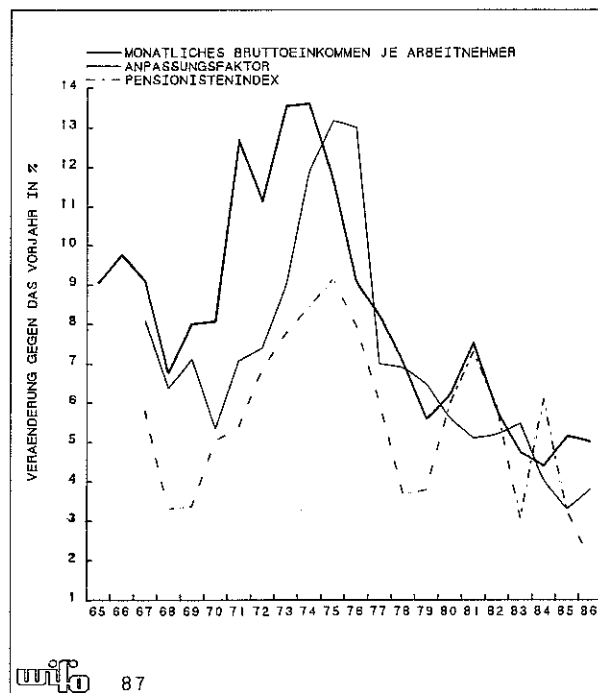
	Anpassungsfaktor	Monatliches Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1976	+ 13,0 ¹⁾	+ 9,1
1977	+ 7,0	+ 8,3
1978	+ 6,9	+ 7,1
1979	+ 6,5	+ 5,6
1980	+ 5,6	+ 6,2
1981	+ 5,1	+ 7,6
1982	+ 5,2	+ 5,8
1983	+ 5,5	+ 4,7
1984	+ 4,0	+ 4,4
1985	+ 3,3	+ 5,2
1986	+ 3,5	+ 5,0 ²⁾

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger eigene Berechnungen — ¹⁾ Richtzahl 1975 10,2% 1976 11,5%; ab 1. Juli 1974 und ab 1. Juli 1975 jeweils zusätzlich 3% Pensionserhöhung — ²⁾ WIFO-Prognose

klungen war. Die aktiven Arbeitnehmer schnitten 1985 relativ besser ab. Ihr Arbeitsverdienst erhöhte sich pro Kopf um 5,2%, das entspricht einem realen Kaufkraftzuwachs von 2% (brutto). Die kräftigere Lohnentwicklung der Aktiven wird sich mit der üblichen Verzögerung auch in der Pensionsanpassung auswirken. Allerdings wird sie ab 1986 noch stärker als bisher hinter der Lohn- und Gehaltsentwicklung zurückbleiben, da nunmehr auch die Höhe der Arbeitslosigkeit in der Berechnung des Richtwertes berücksichtigt wird und die Anpassung dämpfen wird. Aufgrund der erwähnten Struktureffekte stieg

Abbildung 3

Veränderungen des Anpassungsfaktors, des Unselbständigeneinkommens und des Pensionistenindex



Übersicht 10

Höhe der durchschnittlichen Alterspensionen¹⁾

	Arbeiter		Angestellte		Unselbständige insgesamt	Pro-Kopf-Einkommen ²⁾	Durchschnittspension der Unselbständigen In % des Pro-Kopf-Einkommens ³⁾
	In S		In S				
1980	4 568	7 019	5 425	11 602	46 8		
1981	4 864	7 485	5 806	12 480	46 5		
1982	5 191	8 001	6 233	13 201	47 2		
1983	5 530	8 571	6 691	13 825	48 4		
1984	5 791	9 042	7 066	14 432	49 0		
1985	6 040	9 458	7 412	15 178	48 8		

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen — ¹⁾ Stand im Dezember — ²⁾ Je Arbeitnehmer Durchschnitt pro Monat ohne Sonderzahlungen

das Durchschnittseinkommen der Pensionisten 1985 um 5,3%

Die durchschnittliche Alterspension eines Arbeiters betrug im Dezember 1985 6.040 S, die eines Angestellten 9 458 S. Diese Durchschnittswerte werden allerdings durch die älteren Jahrgänge gedrückt, die neu anfallenden Pensionen liegen zum Teil beträchtlich höher. Die höchste nach dem ASVG zu erreichende Pension betrug 17 758 S monatlich. Die Mindestpension, wie sie durch den Richtsatz für Ausgleichszulagen festgelegt ist, betrug für Alleinstehende 4 514 S, für Ehepaare 6 466 S monatlich. Ge-

genüber 1984 wurde der Richtsatz um 3,3% angehoben, im selben Ausmaß wie die Pensionen.

Weitere Anpassungen im System der sozialen Sicherheit nötig

Zum Unterschied von manchen anderen Ländern konnte in Österreich die soziale Sicherung auch unter den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der letzten Jahre nahezu unverändert aufrecht erhalten werden. Auch die Maßnahmen der 40. ASVG-Novelle und die Kürzung der Geburtenbeihilfe schmälerten die Ansprüche auf Sozialleistungen nicht gravierend. Sosehr diese Entwicklung den Zielen der Sozialpolitik wie auch einer antizyklischen Konjunkturpolitik gerecht wurde, so ist andererseits die in den letzten Jahren beabsichtigte Konsolidierung der Sozialbudgets bisher nur wenig vorangekommen. Immerhin ist es gelungen, die Expansion der Sozialausgaben an die Entwicklung der Wirtschaftsleistung anzupassen. Die Finanzierungsprobleme bleiben jedoch weiter bestehen, da die Realeinkommen nur mäßig steigen und die bestehende Arbeitslosigkeit selbst bei guter Konjunkturlage nicht abgebaut werden kann. In der Pensionsversicherung, dem größten Problembereich, konnten die Finanzierungsprobleme nur durch eine Erhöhung der Beitragssätze für die Versicherten kurzfristig entschärft werden, verschiedene Struktureffekte werden jedoch die Schere zwischen Ausgaben und Beitragseinnahmen neuerlich öffnen. In dieser Situation wird es weiterer Anstrengungen wie auch Umsicht und Geschick der Sozialpolitik bedürfen, um ihre Zielsetzungen mit dem eher enger werdenden Finanzierungsspielraum in Einklang zu bringen. Sie wird auch in Zukunft nicht damit rechnen können, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihr diese Aufgabe wesentlich erleichtern. Auch die Möglichkeit, Finanzierungsprobleme durch Steuer- und Beitragsanhebungen zu lösen, stößt zunehmend an Grenzen. Notwendige Reformen und Korrekturen der sozialen Leistungen sollten aber nicht nur unter dem Aspekt der notwendigen finanziellen Konsolidierung erwogen werden, sondern auch den sozialpolitischen Zielvorstellungen gerecht werden.

Georg Busch

Übersicht 11

Anteil der Bundesbeiträge am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung¹⁾

	Gesamtaufwand		Bundesbeitrag ²⁾		Bundesbeitrag in % des Gesamtaufwands
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1976	68 992	+ 14 5	23 221	+ 10 8	33 7
1977	76 287	+ 10 6	26 052	+ 12 2	34 1
1978	83 688	+ 9 7	21 981	- 15 6	26 3
1979	91 643	+ 9 5	23 416	+ 6 5	25 6
1980	99 877	+ 9 0	21 461	- 8 3	21 5
1981	108 790	+ 8 9	23 841	+ 11 1	21 9
1982	119 126	+ 9 5	30 015	+ 25 9	25 2
1983	129 336	+ 8 6	39 127	+ 30 4	30 3
1984	139 281	+ 7 7	40 588	+ 3 7	29 1
1985 ³⁾	148 513	+ 6 6	42 002	+ 3 5	28 3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Pensionsversicherung der Selbständigen und Unselbständigen — ²⁾ Einschließlich Ausgleichszulagen — ³⁾ Vorläufige Werte